

## Kurzmeldungen Mai 2017

### **Tanganjikasee bedroht**

Der Global Nature Fund nominierte den Tanganjikasee zum „Bedrohten See des Jahres 2017“. Der zweitgrößte See Afrikas liegt in Afrika zwischen Burundi, Kongo, Tansania und Sambia.

Mit 673 km ist er der längste See weltweit, mit 1.470 m der zweittiefste See der Welt und der zweitgrößte See bezogen auf sein Volumen; dieses enthält fast ein Sechstel des ungefrorenen Süßwassers der Erde.

Steigende Anwohnerzahlen bedeuten einen vermehrten Bedarf an Wohnraum und Nahrung; immer mehr Flächen der Natur um den See werden durch landwirtschaftliche Nutzung und Wohnbau zerstört. Intensive und ungeeignete Anbaumethoden führen zur Verschlechterung der Böden und zu Erosion. Als Folge werden mit dem Oberflächenwasser große Mengen an Schwebstoffen in den See gespült. Schadstoffe aus Industrie, Handwerk und häuslichen Abwässern aus Städten und Dörfern gelangen ohne jegliche Vorbehandlung in den See.

Eine Million der insgesamt 10 Mio Menschen, die im Tanganjika Becken leben, sind direkt von den Fischressourcen abhängig. Die Konsequenzen sind Überfischung und ein dramatischer Rückgang der Fischpopulationen im See.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/bedrohter-see-des-jahres-2017-der-tanganjikasee-ein-see-der-superlative.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/bedrohter-see-des-jahres-2017-der-tanganjikasee-ein-see-der-superlative.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 3.2.17

### **UN-Atomwaffenverbot**

Die Vereinten Nationen verhandeln über ein rechtsverbindliches Verbot nuklearer Waffen. Dieses Abkommen soll zur vollständigen Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen führen. Im Ersten Ausschuss der Vereinten Nationen haben 123 Staaten für einen Verbotsvertrag gestimmt, wodurch das Mandat für die Verhandlungskonferenz erteilt wurde. Die Verhandlungskonferenz wird bis zur 72. Sitzung der UN-Generalversammlung (mit Beginn im September 2017) einen Tätigkeits-Bericht einreichen.

Der Nichtverbreitungs-Vertrag (NVV) verbietet keine Atomwaffen. Er untersagt den Nationen, sich Nuklearwaffen anzueignen – wenn sie sie nicht schon zu dem Zeitpunkt hatten, als der NVV verhandelt wurde. Der Vertrag verlangt zudem von allen Beteiligten, die nukleare Abrüstung voranzutreiben. Der NVV sieht vor, zu diesem Zweck auch rechtliche Dokumente zu schaffen. Der Atomwaffen-Verbotsvertrag würde den NVV somit ergänzen und bestärken. Die Resolution für den Beginn der Verhandlungen wurde von Österreich, Brasilien, Irland, Mexiko, Nigeria und Südafrika eingereicht. Insgesamt wurde die Resolution von 57 Nationen unterstützt und 123 Nationen haben im 1. Ausschuss der Vereinten Nationen dafür gestimmt. Laut einer Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2016 wollen 93% der Deutschen ein Atomwaffenverbot.

Durch die nukleare Teilhabe in der NATO existiert eine Gruppe von nicht-nuklearen NATO-Mitgliedern, die die Atomwaffen eines nuklearen Staates im Auftrag ihres Militärbündnisses, der NATO, einsetzen können - also quasi-nukleare Staaten. Schon in

einem NATO-Papier vom Oktober 2016 forderten die USA ihre Verbündeten auf, in den Vereinten Nationen gegen einen Verbotsvertrag zu stimmen und sich nicht an den Verhandlungen zu beteiligen. Die US-Regierung befürchtet, dass die nukleare Abschreckung dann nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Ein Drittel der Mitgliedsstaaten, auch Russland und die USA, boykottiert die UNO-Verhandlungen. Enthalten haben sich bei dieser Abstimmung die Atommächte China, Indien und Pakistan. US-Präsident Trump stellt sogar den START-Vertrag und den INF-Vertrag in Frage. Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter oder der polnische Nationalkonservative Jaroslaw Kaczynski wollen eine europäische Atommacht, wenn die Nukleargarantie der USA wegfällt. Kaczynski wünscht sich Europa als "atomare Supermacht", um mit Russland mitzuhalten. Käme es dazu, würde das globale Nichtverbreitungssystem ziemlich schnell zusammenbrechen. Die atomare Abrüstung braucht eine glaubwürdige Perspektive. Die deutsche Bundesregierung hat auf der 71. UN-Generalversammlung mit Nein gestimmt und wird auch nicht an den Verhandlungen dazu teilnehmen. Das von der SPD geführte Auswärtige Amt begründet dies damit, daß keine Inspektions- und Kontrollmechanismen in dem Vertrag vorgesehen seien und die Herstellung von atomwaffenfähigen Materialien nicht beschränkt werde. Statt dessen unterstütze die Bundesregierung zusammen mit Kanada und den Niederlanden die Verhandlungen über ein Verbot der Herstellung von spaltbarem Material (FMCT). Die Atomwaffenstaaten sollen in diesen Prozeß mit einbezogen werden.

Die Nichtregierungsorganisationen ICAN und IPPNW zeigen sich von der Entscheidung Deutschlands, nun auch den Verhandlungen fernzubleiben, enttäuscht.

Quelle: ICAN, 31.12.16, Spiegel 17.2.17, IPPNW 17.1.17.

Stellungnahme AA (S. Baumann) vom 9.2.17 <http://www.icanw.de/wp-content/uploads/2017/02/de-absage-banconf.pdf>

Otfried Nassauer im Freitag, 29.3.17 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010469.html>  
<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010474.html>

## **Weißbuch zur Zukunft der EU**

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker stellte aus Anlaß des 60. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 2017 ein Weißbuch zur Zukunft der EU vor. Im Weißbuch werden fünf Szenarien beschrieben:

- „Weiter so wie bisher“,
- „Schwerpunkt Binnenmarkt“,
- „Wer mehr will, tut mehr“ (es entstehen eine oder mehrere „Koalitionen der Willigen“),
- „Weniger, aber effizienter“ in ausgewählten Bereichen,
- mehr Kompetenzen und Ressourcen zu teilen und Entscheidungen gemeinsam treffen.

Quelle: Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft Europas

<http://europa.eu/rapid/attachment/IP-17-385/en/White%20Paper%20on%20the%20future%20of%20Europe.pdf>

## **Trump schlingert**

Gleich nach seiner Amtseinführung gab es einen bizarren Streit über die Besucherzahlen bei Trumps Inauguration. Die Beraterin des US-Präsidenten sagte, sein Team habe

"alternative Fakten" präsentiert. Zudem erklärte sie, Trump werde seine Steuererklärung nicht veröffentlichen.

Trump unterzeichnete dann ein Dekret zum Ausstieg seines Landes aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen TPP. Japan ignoriert dies zunächst. Trump will nun auch das seit 22 Jahren bestehende nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA mit Kanada und Mexiko neu verhandeln. Zunächst will er das Abkommen aber noch nicht kündigen.

Außerdem hatte er eine weitreichende Umstrukturierung des Nationalen Sicherheitsrats verfügt. So hat unter anderem sein Chefstrategie Stephen Bannon zukünftig Zugang zu allen Sitzungen des Gremiums bekommen, wie das Weiße Haus mitteilte. Auch der Stabschef im Weißen Haus, Reince Priebus, ist demnach Teil des sogenannten Principals Committee.

Dann stoppte er die Visavergabe an Bürger aus den sieben mehrheitlich muslimischen Ländern Irak, Iran, Libyen, Somalia, Syrien und den Sudan. Begründet wird dies mit erhöhter Terrorgefahr, die aus diesen Ländern bestehe. Dagegen gab es große Proteste auch von vielen Unternehmen. Es kam zum Streit zwischen Bannon und Trumps Tochter. In der Folge wurde Stephen Bannon wieder aus dem Nationalen Sicherheitsrat der USA entfernt. Ein Regierungsdokument belegt, dass Trump das Gremium umorganisiert hat.

<http://www.tagesschau.de/ausland/bannon-nationaler-sicherheitsrat-101.html>

<http://www.tagesschau.de/ausland/bannon-109.html> 5.4.17

## **Trump und das FBI**

Der Sicherheitsberater des US-Präsidenten Michael Flynn ist wegen einem umstrittenen Telefonat mit dem russischen Botschafter in den USA Ende Dezember zurückgetreten. Flynn soll dem russischen Botschafter die Möglichkeit einer späteren Aufhebung der Wirtschaftssanktionen nach den US-Wahlen in Aussicht gestellt haben und dies später bestritten. Flynns Telefonat mit dem russischen Botschafter wurde jedoch von US-Geheimdiensten mitgeschnitten.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/us-sicherheitsberater-flynn-103.html> 14.2.17

Wie die "New York Times" und der TV-Sender CNN melden, haben US-Geheimdienste auch Gespräche zwischen Mitarbeitern des russischen Geheimdienstes mit Mitgliedern von Trumps Wahlkampfteam abgehört. Konkret geht es unter anderem um Kontakte zu Paul Manafort, der das Trump-Team kurzzeitig leitete. Er war von seinem Posten zurückgetreten, nachdem bekannt geworden war, dass sein Unternehmen heimlich Lobbyismus zugunsten der früheren prorussischen Regierungspartei in der Ukraine betrieb. Die Gespräche sollen in der Zeit stattgefunden haben, als die Ermittlungsbehörden und Aufklärungsdienste zunehmend Hinweise darauf erhalten hätten, dass Russland versuche, durch Cyberangriffe auf die US-Demokraten die Präsidentschaftswahl zu stören.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/trump-russland-103.html> 15.2.17

Nach Abhör-Anschuldigungen von US-Präsident Donald Trump gegen seinen Vorgänger Barack Obama hat FBI-Chef James Comey Medienberichten zufolge eine Richtigstellung verlangt. Comey habe das Justizministerium aufgefordert, die Anschuldigungen öffentlich zurückzuweisen. Die Behörde untersucht derzeit mögliche Russlandkontakte des Trump-Teams während des Wahlkampfes.

Nun hat US-Präsident Trump hat FBI-Chef Comey entlassen. Er könne die Behörde nicht mehr effektiv leiten, so die Begründung. Die Entlassung kommt kurz nachdem Comey ausgesagt hatte, dass Hillary Clintons Topberaterin Tausende Mails an den Laptop ihres Mannes weitergeleitet habe. Das FBI bezeichnete diese Angabe in einem Brief später als falsch. Es sei nur eine kleine Anzahl gewesen.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/ausland/fbi-trump-101.html> 6.3.17

<http://www.tagesschau.de/ausland/fbi-chef-comey-entlassen-103.html> 10.5.17

US-Präsident Donald Trump soll nach US-Medienberichten den früheren FBI-Chef James Comey gebeten haben, Ermittlungen gegen Ex-Sicherheitsberater Michael Flynn einzustellen. Das Weiße Haus wies Angaben aus einem von Comey verfassten Memo zurück. Der Kongress forderte Einsicht in die Unterlagen.

[http://www.deutschlandfunk.de/neue-enthuellungen-trump-soll-fbi-chef-unter-druck-gesetzt.2852.de.html?dram:article\\_id=386357](http://www.deutschlandfunk.de/neue-enthuellungen-trump-soll-fbi-chef-unter-druck-gesetzt.2852.de.html?dram:article_id=386357) 17.5.17

Nun wurde Ex-FBI-Chef Robert Mueller zum Sonderermittler vom Justizministerium ernannt. Er soll die Verwicklung zwischen Russland und dem Trump-Team im US-Wahlkampf untersuchen.

[http://www.deutschlandfunk.de/sonderermittler-fuer-us-praesident-trump-der-richtige-mann.720.de.html?dram:article\\_id=386560](http://www.deutschlandfunk.de/sonderermittler-fuer-us-praesident-trump-der-richtige-mann.720.de.html?dram:article_id=386560) 18.5.17

### **Präsidentenwahl in Frankreich**

Bei der Stichwahl in Frankreich gewann Macron mit 66%, ein Drittel stimmten für die rechtsextreme Le Pen. Außerdem haben über 4 Millionen Franzosen ungültig gestimmt. Das sind über 11% der Wähler.

Quelle: [https://en.wikipedia.org/wiki/French\\_presidential\\_election,\\_2017#Results](https://en.wikipedia.org/wiki/French_presidential_election,_2017#Results)

### **Offizier der Bundeswehr unter Terrorverdacht**

Ein deutscher Oberleutnant Franco A. aus Offenbach wird verdächtigt, als Flüchtling getarnt einen Anschlag geplant zu haben und ist festgenommen worden. Der deutsche Oberleutnant habe unter falschem Namen einen Asylantrag gestellt und deshalb auch Geld bekommen.

Demnach hatte das in Nürnberg ansässige BAMF zur Zeit des Asylverfahrens aus Personalmangel zahlreiche befristete Mitarbeiter mit unterschiedlicher beruflicher Herkunft beschäftigt, unter ihnen auch Bundeswehrsoldaten. Die Entscheidung über subsidiären Schutz für den vermeintlichen Syrer traf laut BAMF-Informationen ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin der Bundesagentur für Arbeit (BA). Auch diese Behörde hatte zeitweise zahlreiche Mitarbeiter an das BAMF zur Unterstützung ausgeliehen.

Dem BR liegt das Anhörungsprotokoll des vermeintlichen Flüchtlings vor, als der sich der Oberleutnant ausgegeben hatte. Der Deutsche stellte sich bei der Anhörung in Nürnberg als syrischer Katholik mit dem Namen David Benjamin vor. Er sei geflohen, weil er wegen des jüdischen Familiennamens in Syrien nicht akzeptiert und wegen seiner Religion durch die Terrormiliz "IS" verfolgt worden sei. Kurz vor seiner Flucht habe der "IS" die Familie überfallen und den Vater erschossen.

Aufgefallen war der in Frankreich stationierte Soldat bereits vor fast drei Monaten, weil er eine scharfe Waffe in einer Toilette auf dem Flughafen in Wien versteckt hatte. Als er die Pistole aus ihrem Versteck in einem Putzschacht holen wollte, war er am 3. Februar von

den österreichischen Behörden vorübergehend festgenommen worden. Für die Waffe besaß der Soldat keine Erlaubnis.

In die möglichen Anschlagplanungen soll ein 24 Jahre alter Student Mathias F. aus Offenbach einbezogen gewesen sein. Er wurde ebenfalls festgenommen. Auch bei ihm fanden die Ermittler Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund. In der Wohnung des Studenten entdeckten die Ermittler unter anderem Munition aus Bundeswehrbeständen bei sich in der Wohnung. Tausend Schuss unterschiedlicher Kaliber fanden die Ermittler bei ihm.

Weiterhin wurde sein mutmaßlicher Komplize Maximilian T. festgenommen. Die Bundesanwaltschaft hält ihn für eine Schlüsselfigur in der bizarren Geschichte. Auch er sitzt in U-Haft. Maximilian T. kommt wie Franco A. aus Hessen, er ist ebenfalls Oberleutnant, ein Jahr jünger. Beide dienten zusammen in der zweiten Kompanie des Jägerbataillons 291 im elsässischen Illkirch.

Der Bundesanwaltschaft zufolge planten die drei Männer "einen Angriff auf das Leben hochrangiger Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, die sich für eine aus Sicht der Beschuldigten verfehlte Politik in Ausländer- und Flüchtlingsangelegenheiten engagieren". Eine Liste mit möglichen Anschlagopfern enthielt auch die Namen des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck und von Bundesjustizminister Heiko Maas.

Quelle: <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-oberleutnant-unter-terrorverdacht-festgenommen/19725936.html> 27.4.17

<http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-skandal-was-bekannt-ist-101.html> 10.5.17

<http://www.br.de/nachrichten/terrorverdacht-bundeswehr-offizier-vernehmung-soldat-100.html> 29.4.17

### **Identitätsdokumente von Flüchtlingen**

Frontex hat im Jahr 2015 die Angaben von 173.042 Migranten überprüft, die sich bei ihrer Ankunft in Griechenland als syrische Staatsbürger ausgaben. Insgesamt 14,2 % davon erwiesen sich als falsch. Bei 8,6 % handelte es sich vermutlich um Iraker, bei 2,5 % um Palästinenser und bei 1 % um Marokkaner. Die restlichen 2,1 % entfallen auf andere Nationalitäten. Fast 40 % aller über Griechenland eingereisten Marokkaner gaben sich laut dem Bericht fälschlicherweise als Syrer aus.

Eine Rolle spielt laut Frontex auch, dass sich kriminelle Netzwerke in der Türkei darauf spezialisiert hatten, syrische Dokumente wie zum Beispiel Ausweise, Pässe oder Geburtsurkunden zu fälschen.

In den ersten drei Monaten 2016 beanstandete das BAMF von rund 100.000 untersuchten Dokumenten 412. Das sind lediglich 0,41 %. Insgesamt haben in den vergangenen Monaten nur etwa 30 % der eingereisten Personen tatsächlich Ausweispapiere vorgelegt.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article156496638/Syrische-Staatsbuergerschaft-wird-massenhaft-vorgetauscht.html>

### **EU-Parlament beschließt Anti-Terror-Richtlinie mit Websperren**

Das EU-Parlament will schärfer gegen Aufrufe zu Anschlägen und andere Formen extremistischer Propaganda im Internet vorgehen. Es hat dazu am Donnerstag mit 498 zu 114 Stimmen bei 29 Enthaltungen den Entwurf einer neuen Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung verabschiedet, auf den sich Verhandlungsführer der



Abgeordneten im November mit dem EU-Rat und der Kommission verständigt hatten. Die EU-Abgeordneten haben damit ein neues Anti-Terror-Gesetz angenommen, das den Einsatz von Websperren und Staatstrojanern vorsieht. Rechtswidrige Systemeingriffe und das "Abfangen von Daten" gelten demnach als Terrorstraftat. Auch gerichtlich nicht angeordnete Websperren werden damit zum legitimen Mittel gegen Online-Inhalte, die etwa Terrorismus verherrlichen. Rechtsmittel gegen Sperren und Löschungen einzulegen, bleibt möglich.

Die Richtlinie, die von den EU-Ländern binnen 18 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden muß, könnte von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten genutzt werden, um politische Aktionen von Umwelt- oder Bürgerrechtsaktivisten zu kriminalisieren.

Auch der neue Straftatbestand der öffentlichen Provokation sei gefährlich für die Meinungsfreiheit.

Quelle: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Parlament-beschliesst-Anti-Terror-Richtlinie-mit-Websperren-3630128.html> 17.2.17

### **Whistleblower Edward Snowden**

Der NSA-Whistleblower ruft dazu auf, dem internationalen Trend zu immer mehr Überwachung entgegenzutreten. Insbesondere Deutschland stehe eine wichtige Rolle zu. "Es ging nie um Terrorismus, da diese Maßnahmen gegen Terrorismus nicht effektiv sind", erklärte der NSA-Whistleblower per Videoschaltung gegenüber dem CCC. "Es geht nicht um Sicherheit oder den Schutz, sondern es geht um Macht." So seien die Überwachungsinstrumente der Geheimdienste darauf ausgerichtet, Momente der Schwäche ausfindig zu machen -- egal ob es um Verdächtige oder um normale Bürger geht.

Sein Bemühen als Zeuge im NSA-Untersuchungsausschuss gehört zu werden, war bisher erfolglos. Bei seinem Auftritt kritisierte Snowden die Bereitschaft vieler Regierungen, Überwachungsapparate zum vermeintlichen Schutz der eigenen Bürger aufzubauen. So sehe auch die US-Verfassung vor, dass Abkommen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ebenfalls Verfassungsrang hätten. Es sei nicht folgenlos, wenn jede Regierung Bürger aller anderen Länder als rechtelos behandelten.

Die Aufforderung der Bundesdatenschutzbeauftragten, sieben Datenbanken des BND ganz abzuschalten werde ignoriert-- stattdessen bekomme der Bundesnachrichtendienst mit dem ab 2017 geltenden BND-Gesetz mehr Befugnisse und mehr Geld, um Überwachung nach Muster des NSA zu betreiben.

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/33C3-Snowden-Es-ging-nie-um-Terrorismus-3583010.html> 30.12.16

### **BND-Gesetz**

Mit einem Eilbeschluss hat der Bundesrat das Gesetzespaket befürwortet, mit dem der BND künftig Daten aus ganzen Telekommunikationsnetzen mit Auslandsverkehren auch im Inland komplett abschnorcheln darf. Der Bundestag hatte das Paket erst Ende Oktober beschlossen und es der Länderkammer mit der Bitte überstellt, es aufgrund hoher Eilbedürftigkeit "fristverkürzt" zu behandeln.

Früher ging der BND auf Basis windiger juristischer "Theorien" Marke Eigenbau an Internetknoten wie den Frankfurter De-Cix heran, um dort im großen Stil Daten

abzuschöpfen. Mit dem Gesetz hat er dafür nun eine direkte Rechtsgrundlage und kann "die Gesamtheit von Übertragungssystemen" von Providern abhören. Die bisherige Grenze, wonach der BND nicht mehr als 20 Prozent des Datenverkehrs abgreifen durfte, ist gefallen. Das Gesetz erlaubt es dem Geheimdienst, Milliarden von Verbindungs- und Standortdaten sechs Monate auf Vorrat zu speichern und durchzurastern.

Angehörige von EU-Staaten darf der BND noch gezielt ins Visier nehmen, wenn etwa Gefahren eines bewaffneten Angriffs oder eines internationalen terroristischen Anschlags hierzulande sowie Proliferation, Geldwäsche oder andere Straftaten organisierter Kriminalität drohen. Wirtschaftsspionage wird untersagt.

Quelle: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Eilverfahren-Bundesrat-winkt-BND-Netzueberwachung-im-NSA-Stil-durch-3456437.html> 4.11.16

### **zum Terrorattentat in Berlin**

Nach dem Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Berlin am Breitscheidplatz am 19.12.16 mit einem zuvor gekaperten Lastwagen kam es zu 12 Toten und weiteren 67 Verletzten. Später wurde der Attentäter Amri auf der Flucht in Italien von der Polizei erschossen. Nun stockt es mit der Aufarbeitung der Vorgänge in den Behörden. Das LKA in Nordrhein-Westfalen setzte sich schon Monate vor dem Anschlag für die Abschiebung des IS-Terroristen ein. Amri solle zur Gefahrenabwehr abgeschoben werden, aber er mußte Deutschland damals nicht verlassen. Der Islamist konnte stattdessen monatelang, bis zu seiner Bluttat in Berlin, in gleich mehreren Bundesländern nahezu ungehindert agieren. Berlins Generalstaatsanwalt Ralf Rother hat im Fall Amri die LKA-Führung belastet: Sie habe ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Amris Observation eingestellt. Zwar hätte die Polizei laut einem Gerichtsbeschluss Amri bis Ende Oktober 2016 heimlich beobachten dürfen, doch schon Mitte Juni beendete sie die Überwachung. Der Sachstandsbericht des Polizeilichen Staatsschutzes vom 1.11.16 ergab, daß Amri in großem Stil Drogenhandel betrieb, wurde aber nicht weitergeleitet. Stattdessen wurde am 17.1.17, also gut einen Monat nach dem Terroranschlag, ein neuer Bericht erstellt - und auf November zurückdatiert. In diesem war nur noch von geringfügigem Handel mit Betäubungsmitteln die Rede. Im Berliner LKA wurden Versäumnisse im Fall Amri vertuscht, um zu vernebeln, daß Amri längst festgenommen werden konnte. Das ergaben Untersuchungen eines Sonderermittlers.

Amri gehörte zum Umfeld des salafistischen Predigers „Abu Walaa“. Für die Ermittler war Amri kein Hauptverdächtiger, sondern eher ein „Nachrichtensmittler“. Jemand, der Informationen weiterträgt, der Kontakte knüpft und viel zwischen Städten, Bundesländern und Moscheen umherreist. Auch dadurch können für Sicherheitsbehörden wichtige Informationen gewonnen werden. Er hatte 14 falsche Identitäten.

Der Attentäter Anis Amri soll bereits seit dem Frühjahr 2016 in Kontakt zum IS in Libyen gestanden haben. Auch einige Verwandte des Attentäters aus Tunesien sollen sich dem IS angeschlossen haben. Amri kommunizierte wohl bereits zehn Monate vor dem Anschlag in Berlin mit IS-Dschihadisten in Libyen über ein geplantes Attentat.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article163180510/Was-das-LKA-bei-Amris-Terror-Chat-mitlas.html> 27.3.17

<http://www.tagesschau.de/inland/amri-143.html> 18.5.17

<https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/05/LKA-stellte-Amri-Observation-eigenmachtig-ein.html> 3.5.17

<https://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2017/05/abgeordnetenhaus-berlin-manipulation-lka-amri.html> 18.5.17, Abendschau

Frank Henkel, der ehemalige Innensenator ist politisch abgetaucht. Er wurde an der Spitze der Landespartei abgelöst von Monika Grütters. Jetzt ist Frank Henkel Abgeordneter im Berliner Stadtparlament. Die CDU-Fraktion hat monatelang einen Untersuchungsausschuss zu den Ermittlungsspannen im Fall Anis Amri blockiert. Der Innensenator hat die Kontrolle über das ihm unterstellte Landeskriminalamt verloren und verhedderte sich in Polizeieinsätze gegen ein besetztes Haus in Friedrichshain. Und im Görlitzer Park, der Dealerhochburg in der Hauptstadt, da spielten die Kriminellen mit der Henkelschen Polizeitruppe Katz und Maus.

[http://www.deutschlandfunk.de/anis-amri-und-das-berliner-lka-tipp-ex-statt-buergerschutz.720.de.html?dram:article\\_id=386557](http://www.deutschlandfunk.de/anis-amri-und-das-berliner-lka-tipp-ex-statt-buergerschutz.720.de.html?dram:article_id=386557) 18.5.17

### **Nordkoreas Raketen**

Während Nordkorea offenbar kurz davor steht, erneut einen nuklearen Sprengsatz zu testen, droht US-Präsident Donald Trump mehrfach mit Gegenschlägen, um das Atomprogramm Nordkoreas notfalls im Alleingang zu stoppen. Der ehemalige Verteidigungsminister in der Obama-Administration, Leon Panetta, warnte vor einem allzu forschen Vorgehen. Er wies darauf hin, dass die südkoreanische Hauptstadt Seoul mit 20 Millionen Einwohnern in Reichweite nordkoreanischer Artillerie liege.

Nordkorea testet trotz Untersagungen der Vereinten Nationen immer wieder ballistische Raketen. Es besteht die Sorge, dass Nordkorea ballistische Langstreckenraketen entwickeln könnte, die fähig sind, das US-Festland zu erreichen. US-Präsident Donald Trump hat vor einer Eskalation im Nordkorea-Konflikt gewarnt. Trump kündigte ein härteres Vorgehen gegen Nordkorea als seine Vorgänger an und schloss einen Militärschlag nicht aus.

Der UN-Sicherheitsrat sei sich nach Angaben des französischen UN-Botschafters einig darüber, dass Nordkorea entnuklearisiert werden muss.

<http://www.tagesschau.de/ausland/raketentest-nordkorea-105.html> 29.4.17

<https://www.welt.de/politik/ausland/article164088142/Trump-warnt-vor-einem-grossen-grossen-Konflikt-mit-Nordkorea.html>

[http://www.deutschlandfunk.de/nordkorea-konflikt-droht-eine-neue-eskalation.1773.de.html?dram:article\\_id=383880](http://www.deutschlandfunk.de/nordkorea-konflikt-droht-eine-neue-eskalation.1773.de.html?dram:article_id=383880) 15.4.17

### **Türkische Volksabstimmung zu Erdogans Präsidialsystem**

Der Umbau der Türkei ist eine Abkehr von Europa, ohne eine Gewaltenteilung, ohne realen Möglichkeiten eines Machtwechsels oder der Informationsfreiheit. Die Abstimmung ging äußerst knapp für Erdogan aus. Die Opposition geht von einer manipulierten Wahl aus.

Zunächst liberalisierte Erdogan die Märkte. Doch dann hat er vor allem mit Eskalation und Polarisierung seine Macht ausgebaut. Im Rückgriff auf die Politisierung der Religion und einer Nostalgie für das Osmanische Reich hat er die Wähler in der Türkei gespalten. Abgeordnete und Journalisten wurden eingesperrt, 184 Medien geschlossen und der Staatsapparat wurde in mehreren Wellen einer umfassenden Säuberung unterzogen.



Wiederholt drohte er damit, das vereinbarte Flüchtlingsabkommen mit der EU zu beenden und die Grenzen zu öffnen, wenn die EU nicht in seinem Sinne pariere.

<http://www.tagesschau.de/ausland/tuerkei-presseschau-103.html> 17.4.17

Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat schon 2010 angeordnet, heimlich den Bau von Anlagen für die Anreicherung von Uran vorzubereiten. Die Türkei war auch an den Aktivitäten des pakistanischen Atomschmugglers Abdul Qadeer Khan beteiligt, der zwischen 1987 und 2002 Iran, Nordkorea und Libyen mit Tausenden von Zentrifugen ausstattete. Die Elektronik aller pakistanischen Anlagen stammte aus der Türkei.

<https://www.welt.de/politik/ausland/article132446686/Arbeitet-die-Tuerkei-heimlich-an-der-Atombombe.html>

### **Frankreich lädt EPA-Wissenschaftler ein**

Der US-Präsident Trump lässt die Umweltbehörde politisch weiter umbauen und Wissenschaftler durch Industrievertreter ersetzen. Die US-Umweltbehörde EPA hat nun fünf Mitglieder des zentralen Wissenschaftsrates entlassen berichtet die New York Times. Die Klimaschutz-Experten sollen durch Vertreter genau jener Branchen ersetzt werden, die sie eigentlich regulieren sollten. Jetzt lädt der neu gewählte französische Präsident US-amerikanische Klimaexperten per Facebook-Video nach Frankreich ein.

Macron bekennt sich zum Klimaschutz. In Frankreich werde es keine Budgetkürzungen für die Bekämpfung des Klimawandels geben, er wolle die Energiewende vorantreiben und Erneuerbare Energien fördern. Bis 2020 soll in Frankreich ein Anteil von 27% an Erneuerbaren Energien im Stromverbrauch erreicht werden, 2030 sollen es sogar 40% sein.

Aus dem Umfeld von Macrons Team hatte es vor der Wahl geheißen, man wolle zwar den Anteil an Atomstrom auf die vorgesehenen 50% langfristig begrenzen.

Quelle: energieukunft.eu

[http://www.sonnenseite.com/de/politik/us-umweltbehoerde-epa-entlaesst-unbequeme-wissenschaftler.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2013.%20Mai%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/us-umweltbehoerde-epa-entlaesst-unbequeme-wissenschaftler.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2013.%20Mai%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter)

11.5.17

### **Bonner Klimakonferenz**

Mit Appellen an den amerikanischen Präsidenten Donald Trump, den Klimavertrag von Paris nicht aufzukündigen, ist in Bonn die jährliche Frühjahrskonferenz der Vereinten Nationen eröffnet worden. Berater des Präsidenten seien drüber offenbar gespalten. Eine Neuverhandlung des Abkommens wird es nicht geben.

Die Vorsitzende des Klimasekretariates der Vereinten Nationen, Patricia Espinosa, sagte, es gehe nicht nur um die Zusagen. Man müsse auch „Transparenz“ in der Zielerfüllung sicherstellen. Dahinter verbergen sich komplexe Fragen zur Vollständigkeit, Genauigkeit, Vergleichbarkeit und Konsistenz der von den Staaten erhobenen und gemeldeten Daten. Die 23. Weltklimakonferenz wird auf den Fidschi-Inseln im November stattfinden, die schon heute wegen des steigenden Wasserspiegels unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/un-fruehjahrstagung-in-bonn-startet-mit-appellen-an-trump-15005908.html> 8.5.17

### **Atommüll am AKW Brunsbüttel**

Die geplante Einlagerung abgebrannter Brennelemente aus dem AKW Brunsbüttel im dortigen ungenehmigten Zwischenlager ist rechtswidrig. Der zuständige Umweltminister Schleswig-Holsteins, Robert Habeck (Grüne), würde sich mit einer Zustimmung strafbar zu machen. Habeck hat bereits im Sommer 2016 angekündigt, Pläne des AKW-Betreibers Vattenfall zu akzeptieren, nach denen mehr als 500 hochradioaktive Brennelemente aus dem Reaktor im Zwischenlager auf dem AKW-Gelände untergebracht werden sollen. Das OVG Schleswig hatte dem Brunsbütteler Zwischenlager im Juni 2013 die Genehmigung entzogen, da es nicht ausreichend vor Störmaßnahmen und terroristischen Anschlägen geschützt ist.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/politik/greenpeace-gutachten-einlagerung-abgebrannter-brennstaebe-am-akw-brunsbuettel-rechtswidrig.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/greenpeace-gutachten-einlagerung-abgebrannter-brennstaebe-am-akw-brunsbuettel-rechtswidrig.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 11.1.17

### **Radioaktiver Abfall aus WAA muß zurück**

Die Rückholung des deutschen Atommülls aus französischen und englischen Wiederaufarbeitungsanlagen beginnt nicht vor 2019. Das hat das Bundesumweltministerium mitgeteilt. 26 Castor-Behälter sollen in Zwischenlager bei den AKW Philippsburg, Brokdorf, Biblis und Isar aufbewahrt werden. Weiterer radioaktiver Abfall aus Frankreich soll nach Ahaus.

Neben den Castor-Behältern muß Deutschland noch mehr als 100 Behälter mit mittelradioaktivem Abfall aus Frankreich zurücknehmen. Diese können aus technischen Gründen voraussichtlich erst nach dem Jahr 2025 zurückgeführt werden.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/politik/radioaktiver-abfall-aus-frankreich-und-england-kommt-nicht-vor-2019-zurueck-nach-deutschland.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/radioaktiver-abfall-aus-frankreich-und-england-kommt-nicht-vor-2019-zurueck-nach-deutschland.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 26.1.17

### **Großbritannien steigt aus dem Euratom-Vertrag aus**

Der Brexit bedeutet für Großbritannien auch gleichzeitig den Ausstieg aus EURATOM. Die britische Regierung hat dies in ihren Erklärungen zum Brexit Gesetz klargelegt. Damit wird sich der Neubau des Atomreaktors Hinkley Point verzögern, die Briten brauchen sich nicht mehr an die ohnehin schon unzulänglichen Standards bei Sicherheit und Entsorgungsaufgaben halten.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/politik/britische-regierung-brexit-ist-auch-euratomexit.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/britische-regierung-brexit-ist-auch-euratomexit.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 30.1.17

## **AKW Fessenheim**

Frankreich hat die Schließung seines ältesten Atomkraftwerks an der Grenze zu Baden-Württemberg auf den Weg gebracht. Das Dekret zum Aus von Fessenheim ist unterschrieben und veröffentlicht. Aber das Dekret verknüpft das Aus für Fessenheim mit der Inbetriebnahme des neuen Europäischen Druckwasserreaktors EPR in Flamanville in der Normandie. Nur unter dieser Bedingung hat der Betreiber EDF der Schließung von Fessenheim zugestimmt. Die Kosten des EPR haben sich bereits verdreifacht. Derzeit heißt es, der EPR werde Ende 2018 fertig. Es könnte aber auch später werden.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/22952-fessenheim-wird-geschlossen-aber> 9.4.17

## **Areva: Riskante Teile für AKWs weltweit verbaut**

Allein in den USA sollen in 17 Atomkraftwerken zweifelhafte Bauteile aus der französischen Areva-Schmiede mit gefälschten Sicherheitszertifikaten verbaut sein. Der Skandal um die gefälschten Sicherheitszertifikate des französischen Atomkraftkraftwerkbauers Areva weitet sich nun weltweit aus. Gegen den Staatskonzern, der inzwischen längst pleite ist und zerschlagen wird, ermittelt nun auch in den USA die Atomaufsicht.

Dann seien da aber auch noch die Probleme mit anomalen Kohlenstoff-Konzentrationen, die die "Zähigkeit bei großen Schmiedeteilen reduzieren". Aus der Materiallehre ist bekannt, dass höhere Kohlenstoffanteile den Stahl zwar härter, aber auch spröder machen. Der Stahl im Reaktorbehälter wird ohnehin durch den radioaktiven Beschuss im Betrieb immer spröder und kann deshalb ganz plötzlich bersten.

Festgestellt wurden in Fessenheim beide Probleme, denn auch anomale Kohlenstoff-Konzentrationen tauchen auf. Deshalb zog sogar Collet Parallelen zum EPR-Neubau in Flamanville, dessen Kosten explodieren und dessen Fertigstellung weiterhin nicht absehbar ist. Im finnische EPR-AKW Olkiluoto haben sich die Baukosten von geplanten 3,3 Mrd. Euro sich zwischenzeitlich auf etwa 10,5 Mrd. schon mehr als verdreifacht. Eigentlich sollte der Reaktor schon seit Jahren am Netz sein. Ob er jemals fertiggestellt wird, wird immer fraglicher.

Areva, die dem Kraftwerksbauer zunehmend über den Kopf wachsen, wurden von der EU gerade neue Staatshilfen für den Atomkonzern genehmigt hat. Schon im vergangenen Jahr hatte der Pleite-Konzern von der Regierung eine Gesamtlösung zur Rettung gefordert. Nun darf der Atomkonzern Staatshilfen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro erhalten. Die EU-Wettbewerbschüter kamen vergangene Woche zu dem Schluss, dass die von der Regierung in Paris geplante Unterstützung mit europäischen Vorschriften im Einklang stehe.

<https://www.heise.de/tp/features/Areva-Riskante-Teile-fuer-AKW-weltweit-verbaut-3603359.html> 21.1.17

## **Bundeswehr in Mali**

Der Bundeswehreinsatz in Mali wurde verlängert und auf 1000 Soldaten ausgeweitet. Deutschland beteiligt sich an der UN-Friedensmission MINUSMA mit Hubschraubern, Drohnenaufklärung und Ausbildern für die Armee und den Grenzschutz.

Nachdem französische Kampfteinheiten mit Tuareg-Milizen die Gebiete eroberten, sollen nun 13.000 Soldaten aus Bangladesch und afrikanischen Nachbarstaaten die malischen Armee unterstützen.

Militärisches Ziel ist u.a. die Bekämpfung der Flüchtlinge in der Sahara, die Sicherung des Abbaus von Uran und von radioaktiv belastetem Phosphatdünger.

Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. 19.3..17

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010440.html>

## **Fukushima**

Nach dem mehrfachen „Super-GAU“ von Fukushima fallen mit dem Abtragen verseuchter Erdschichten in den betroffenen Gebieten jedes Jahr tonnenweise radioaktive Müllberge an. Bislang sah es so aus, als gäbe es keine Möglichkeit, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Nun wollen die japanischen Behörden die strahlenden Abfälle als Konstruktionsmaterial für Straßen, Deiche und Fundamente von öffentlichen Bauprojekten verwenden. Der gesetzliche Grenzwert für Baumaterialien in Japan lag vor Fukushima bei 100 Bq/kg. Bereits im Dezember 2011 wurde dieser Grenzwert auf 3.000 Bq/kg erhöht. Mehr als 350.000 t strahlender Müll mit Cäsium-137-Konzentrationen von bis zu 3.000 Bq/kg wurden daraufhin in den letzten 5 Jahren in und um die Ortschaften Minamisoma, Namie und Naraha verbaut. Ein Großteil des kontaminierten Mülls hat jedoch Strahlendosen, die deutlich höher liegen als 3.000 Bq/kg. Um auch diesen „konstruktiv“ nutzen zu können, wurden im Juni 2016 die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für Materialien in „öffentlichen Bauprojekten“ vom japanischen Umweltministerium im Rahmen eines „Experiments“ in der Ortschaft Minamisoma von 3.000 auf 8.000 Bq/kg angehoben. Es geht hier also um radioaktiven Müll, der die normalen Strahlenwerte um mehr als das 1.000-fache überschreitet.

Die traditionell industrienah japanische Atomregulierungsbehörde NRA kritisierte vor allem das Informationsdefizit von Seiten des Umweltministeriums. Es sei nicht klar, wie das Umweltministerium die sichere Handhabung des strahlenden Materials gewährleisten und wie lange sich das Ministerium für den Atommüll zuständig fühlen würde. Straßen oder Deiche sind keine Strukturen für die Ewigkeit, müssen gewartet, repariert und nach einigen Jahrzehnten auch ersetzt werden. Es sei völlig unklar, wer dann die Verantwortung für den radioaktiven Bauschutt inne habe und wie sicher gestellt werden soll, dass Arbeiter, Bevölkerung und Umwelt vor den schädlichen Auswirkungen des Strahlenmülls geschützt werden. Die NRA äußerte ihre Sorge, dass radioaktive Materialien am Ende illegal in der Umwelt deponiert oder ohne entsprechende Kennzeichnung für andere Projekte genutzt werden könnten und bestärkte die Notwendigkeit, wieder zum Grenzwert von 100 Bq/kg zurück zu kehren, um die Bevölkerung vor unzulässiger gesundheitlicher Gefahr zu schützen.

Quelle: IPPNW 9.1.17 [http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/fukushima-hoehchste-strahlung-seit-kernschmelze-gemessen.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/fukushima-hoehchste-strahlung-seit-kernschmelze-gemessen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 17.2.17

Derweil steigt die Zahl der diagnostizierten Schilddrüsenkrebsfälle bei Kindern in Fukushima weiter an. Waren es nach der ersten Reihenuntersuchung im März 2014 noch 101 Fälle, sind es nun, nach der ersten Nachuntersuchung zwei Jahre später, 145 Fälle. Das bedeutet, dass sich bei 44 Kindern der Krebs erst in den letzten zwei Jahren gebildet

haben muss. Dies entspricht einer Erkrankungshäufigkeit (Inzidenz) von 8,1 Fällen pro 100.000 Kindern pro Jahr. Vor Fukushima lag die Inzidenz von Schilddrüsenkrebs in Japan bei 0,3 Fällen pro 100.000 Kindern pro Jahr. Erschwerend kommt hinzu, dass die Schilddrüsenuntersuchungen bald zum Erliegen kommen könnten.

Quelle: IPPNW, [http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/6-jahre-super-gau-von-fukushima.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/6-jahre-super-gau-von-fukushima.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter)  
11.3.17

### **AKW-Betreiber sind atomare Altlast los**

Das Endlagersuchgesetz ist im Bundestag und passend dazu wird gemeldet, die Bundesregierung habe sich mit den AKW-Betreibern nun auch im Detail über die Kosten der Entsorgung verständigt. Für 24 Milliarden Euro können sich die Konzerne von ihrer gesamten atomaren Verantwortung freikaufen – und halten trotzdem an diversen Klagen gegen den Atomausstieg und zur Brennelementesteuer fest. Vattenfall will seine Klage vor einem Weltbank-Schiedsgericht in den USA auf 4,7 Milliarden Euro Entschädigung aufrechterhalten.

Grundlage der Einigung ist das Gesetz zur Finanzierung der Atom-Folgekosten, das der Bundestag im Dezember 2016 beschlossen hatte. Danach bleiben die Betreiber weiterhin für die Entsorgung und den Abriss ihrer Atomkraftwerke verantwortlich. Der Betrieb und die Finanzierung der Zwischen- und Endlager sollen aber an den Staat übergehen. Im Gegenzug verpflichten sich RWE, Eon, EnBW und Vattenfall 17,4 Mrd Euro sowie einen Risikoaufschlag von rund 36 % in einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzahlen. Mit dem Gesetz orientierte sich der Bundestag an dem Vorschlag einer 19-köpfigen überparteilichen Expertenkommission, die von Ex-Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) und den früheren Landesregierungschefs Ole von Beust (CDU) und Matthias Platzeck (SPD) geleitet wurde.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22797-stromkonzerne-entledigen-sich-atomarer-altlast> 10.3.17

### **Energiewende**

Der Anteil des Ökostromes wuchs in Deutschland von etwa 6% im Jahre 2000 auf ca. 33 % im Jahre 2016. Trotzdem gab es in den letzten Jahren massive Einbrüche ausgenommen im Windkraftsektor. Insgesamt haben sich in der EU und Deutschland die jährlichen Investitionen in Erneuerbare Energien seit 2012 in etwa halbiert, völlig entgegen des wachsenden Welttrends. Nur die Windenergie wird noch stark ausgebaut mit fast 6 GW neuen Investitionen im Jahr 2015. 2016 sank der Ausbau schon auf ca. 5,5 GW. Nun will die Bundesregierung den jährlichen Ausbau ab 2017 sogar auf 2,8 GW drosseln. Der Ausbau der Windenergie im größten Bundesland Bayern, welches das höchste Windpotential aller Bundesländer hat, ist schon fast völlig gestoppt worden. Grund ist eine verfehlte Gesetzgebung mit überhöhten Abständen der Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.

Auf Grund von restriktiven Gesetzesänderungen sanken die neu installierten PV-Leistungen von 7,5 GW im Jahre 2012 auf ca. 1,5 GW im Jahre 2016. Beim Wasserkraftausbau, der im Jahre 2009 bei knapp 140 MW Neubau lag, sank der Ausbau



2016 sogar unter 10MW. Der Geothermieausbau fiel von 12 MW neu installierter Leistung im Jahre 2012 auf Null im Jahr 2015. Stromerzeugungsanlagen aus Bioenergie wurden 2011 fast 700 MW neu installiert, 2015 liegen die Neuinstallationen unter 50 MW. Die Wärmeerzeugung aus Erneuerbaren Energien stagniert seit 2010 bei etwa 150.000 MWh jährlich. Der Biokraftstoffmarkt ist von 45 TWh im Jahre 2007 auf 30 TWh im Jahre 2015 sogar massiv gesunken.

Dabei wurde an der Universität Erlangen-Nürnberg nachgewiesen, dass ohne den Ausbau der Erneuerbare Energien in Deutschland die Strompreise sogar deutlich höher liegen würden.

So ist der Primärenergieverbrauch 2016 sogar wieder gestiegen und damit auch der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Ein Anstieg der Weltdurchschnittstemperatur von 1,5° Celsius wohl schon um das Jahr 2020 erreicht sein. Ab dann müsste es eine weltweite Nullemissionswirtschaft, verbunden mit großflächigen Kohlenstoffsenken geben.

Nicaragua, Costa Rica, Uruguay und andere stehen kurz vor der Zielerreichung, die Stromversorgung zu 100% aus Erneuerbaren Energien zu schaffen. China, Marokko, die USA und Indien, haben wesentlich stärkere Ausbaugeschwindigkeiten bei Erneuerbaren Energien als Deutschland und die EU. Auf der Klimakonferenz 2016 in Marrakesch haben 48 Staaten beschlossen, ihre gesamte Energieversorgung zwischen 2030 und spätestens 2050 auf 100% Erneuerbare Energien umzustellen.

Quelle: Hans-Josef Fell (Grüne)[http://www.sonnenseite.com/de/politik/das-wahre-bild-der-deutschen-energiewende.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/das-wahre-bild-der-deutschen-energiewende.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 22.3.17

### **Gebäude-Energie-Gesetz gescheitert**

Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) ist für diese Legislatur endgültig vom Tisch. Das seit Wochen vor allem von der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag blockierte Gesetz scheiterte in der Sitzung der Koalitionsausschusses. Das geplante Gesetz hätte den Niedrigstenergie-Gebäudestandard für öffentliche Gebäude ab 2019 definiert und den Kommunen die dringend erforderliche Planungssicherheit für den Bau energieeffizienter, klimagerechter und nachhaltiger Schulen, Kitas und Verwaltungsgebäude gegeben – immer unter Berücksichtigung von Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit so Hendricks (SPD).

Quelle: <http://www.klimaretter.info/wohnen/nachricht/22901-gebaeude-energie-gesetz-gescheitert> 30.3.17

### **Fonds für Energiewende-Kosten gefordert**

Die Diskussion über die Finanzierung der Energiewende in Deutschland nimmt pünktlich zum Auftakt des Bundestagswahlkampfes wieder Fahrt auf. Neue Wege fordern dabei, Verbraucherschützer, Experten und Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen, wie es am Dienstag vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hieß. Sie fordern einen steuerfinanzierten Fonds, um die Kosten der Energiewende, die derzeit über die EEG-Umlage getragen werden, gerechter zu verteilen. Derzeit tragen gerade Privathaushalte einen Großteil der Kosten für die Energiewende in Deutschland, die vor allem aus den Anfangsjahren des EEG stammen. Sie müssen im Gegensatz zu etwa vielen

stromintensiven Unternehmen die volle EEG-Umlage von derzeit 6,88 Cent pro Kilowattstunde zahlen.

Der Wirtschaftsflügel der CDU/CSU plädiert dagegen weiterhin für die Abschaffung der Förderung erneuerbarer Energien. Das Streichen der Stromsteuer reiche nicht aus.

[http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/verbraucherschuetzer-fordern-steuerfinanzierten-fonds-fuer-energiewende-kosten.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/verbraucherschuetzer-fordern-steuerfinanzierten-fonds-fuer-energiewende-kosten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 30.3.17

### **Braunkohle**

In der EU wird Ende April über schärfere Emissionsvorgaben für Kraftwerke abgestimmt – doch Deutschland mit der Umweltministerin Hendricks (SPD) wird die strengeren Umweltstandards aller Voraussicht nach blockieren. Zu wichtig ist der Regierung der Erhalt deutscher Braunkohlekraftwerke.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/politik/bundesregierung-will-braunkohle-nicht-aufgeben.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/bundesregierung-will-braunkohle-nicht-aufgeben.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 6.4.17

### **weiterhin keine Ökosteuern auf Solarstrom**

Die Bundesregierung hat beschlossen, Solarstrom auch künftig nicht mit der als Ökosteuern bekannten Stromsteuer zu belasten.

[http://www.sonnenseite.com/de/energie/keine-oekosteuer-auf-solarstrom.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2018.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/energie/keine-oekosteuer-auf-solarstrom.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2018.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 15.2.17

### **Windenergie ist keine Gefährdung für Zugvögel**

Kollisionen von Vögeln mit Windenergieanlagen gehören zu den größten Kritikpunkten bezüglich der Nutzung von Windenergie. Die Schweizer Vogelwarte Sempach hat im Auftrag des schweizer Bundesamts für Energie (BFE) eine Studie erstellt, die dieser Fragestellung nachgeht. Laut Autoren kämen an jeder Windenergieanlage jährlich 20,7 Vögel ums Leben.

Ein ausführlicher Faktencheck von KohleNusbaumer, Gutachterbüro für erneuerbare Energien und Naturschutz, zeigt jedoch, dass die tatsächliche Zahl der Kollisionen weitaus geringer ausfällt, und nur 1 Vogelopfer pro Anlage und Jahr beträgt.

Die wissenschaftliche Diskussion der angeblichen Gefährdung von Vögeln durch Windkraft sollte an Lebendzählungen und -beobachtungen von Vogelpopulationen orientiert werden, statt an weiterhin zweifelhaften Hochrechnungen von angeblich durch Windkraft getötete Vögel. Zur Bekämpfung des Klimawandels, als Hauptursache der Gefährdung vieler Vogelarten, ist der starke Ausbau der Windenergie unverzichtbar. Der untersuchte Windpark in Le Peuchapatte auf der Schweizer Jurakette ist besonders für eine Studie der Auswirkungen der Windenergie auf Zugvögel geeignet. Noch vor der Inbetriebnahme im Jahr 2011 hat die Schweizer Vogelwarte Sempach vor den möglichen Auswirkungen auf europäische Zugvögel gewarnt. Wegen des am Standort per Radaranlage festgestellten intensiven Vogelzugs von 1,65 Millionen Vögel/km im Jahr

wurde die Zahl der Kollisionsoffer der drei Windenergieanlagen auf bis zu 5.000 jährlich geschätzt.

Die während der Kontrollen im Windpark gefundenen 20 toten Vögel und Vogelreste wurden von der Schweizer Vogelwarte Sempach ausnahmslos Kollisionen mit Windenergieanlagen zugeschrieben. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, daß an jeder Windenergieanlage jährlich 20,7 Vögel verunglücken.

Die Funde toter Vögel konzentrieren sich aber mit hoher Signifikanz auf die Gehölzränder im Suchgebiet, obwohl sie nur einen kleinen Teil der Fläche einnehmen. Im Gegensatz dazu wurden weder auf den gehölzfreien Flächen noch im 20 m-Radius um die Windenergieanlagen Funde registriert. Es entbehrt jeder Logik, dass Vögel nach der Kollision mit den Rotorblättern oder Masten nicht auf dem freien Feld landen, sondern gezielt die Waldränder anfliegen, dazu noch entgegen der Windrichtung. Bei zwei von drei Anlagen liegt in der Hauptwindrichtung kein einziger Fund vor.

Im Monat September wurde kein Fund verzeichnet, obwohl es der Höhepunkt des Vogelzugs war. Es liegt keine Kollision mit einer als „besonders kollisionsgefährdet“ eingestuften Vogelart vor, obwohl am Standort viele Greifvögel wie Rotmilan, Mäusebussard und Wespenbussard leben. Eine identische Feststellung kann auch für die Ringeltaube gemacht werden, die in großer Zahl und in Schwärmen mit mehr als 1.000 Exemplaren das Gebiet durchfliegt.

Quelle: Hans-Josef Fell (Grüne) [http://www.sonnenseite.com/de/energie/windenergie-stellt-keine-gefaehrdung-fuer-zugvoegel-dar.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/energie/windenergie-stellt-keine-gefaehrdung-fuer-zugvoegel-dar.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 3.2.17

### **Arsen in chinesischem Reis**

Die Provinz Guizhou im Südwesten Chinas zählt zu den ärmsten im Land. Gekocht, geheizt und getrocknet wird mit Kohle, die rund tausend Mal so viel Arsen enthält wie in Mitteleuropa. Durch die Verbrennung von Kohle im geschlossenen Raum stellt die Region einen einzigartigen Fall von endemischer Arsenvergiftung dar.

Den Vorstoß, die Einwohner Guizhous zu motivieren, neue Öfen mit ins Freie führenden Rohren zu verwenden, begrüßt Golka. Dies sei der effektivere Weg.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/arsen-in-chinesischem-reis-waschen-allein-hilft-nicht.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/arsen-in-chinesischem-reis-waschen-allein-hilft-nicht.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2028.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 26.1.17

### **Bienen durch Pestizide bedroht**

Die Bedrohung von Bienen und anderen wichtigen Bestäubern hat durch den ungehinderten Einsatz von Pestiziden in der industriellen Landwirtschaft seit 2013 weiter zugenommen. Das zeigt der von Greenpeace veröffentlichte Report "Umweltrisiken durch Neonicotinoide". Die britische University Sussex hat darin wissenschaftliche Studien rund ums Thema Bestäuber und Pestizide der vergangenen 4 Jahre bewertet. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass neben Bienen inzwischen auch andere für die Landwirtschaft wichtige Bestäuber sowie Wasserinsekten bedroht sind.

Neonicotinoide werden immer häufiger verwendet und können Insekten entweder direkt töten oder schädigen langfristig deren Nervensystem.

Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) unterwandert dennoch seit Beginn seiner Amtszeit ein umfassendes Verbot dieser Pestizide. Er höhlt das momentan in Deutschland geltende Teilverbot mit zahlreichen Ausnahmen aus.

Rund drei Viertel der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen sind auf die Bestäubung durch Bienen, Hummeln und andere Insekten angewiesen. Nun hat sich die Situation dieser Tiere trotz eines EU-Gesetzes aus dem Jahr 2013 zum eingeschränkten Einsatz von Neonicotinoiden verschlimmert. Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist, dass Wildpflanzen stärker als bisher vermutet mit Neonicotinoiden kontaminiert sind und deren Nektar und Pollen somit ein zusätzliches Risiko für Bienen darstellt. Viele wildlebende Spezies werden erheblich geschädigt. Dazu gehören unter anderem Schmetterlinge, Käfer, Wasserinsekten aber auch Vögel wie der Spatz und das Rebhuhn.

In diesem Jahr wird auf EU-Ebene über den Fortbestand des derzeitigen Teilverbotes der drei Neonicotinoide Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam sowie Fipronil entschieden.

Bienenvölker sind durch Pestizide und Schädlinge wie die Varroa-Milbe bedroht. Ein durch Pestizide geschwächtes Bienenvolk reagiert empfindlicher auf Milbenbefall. In der Folge sterben jedes Jahr bis zu 30 Prozent der Bienenvölker in Deutschland.

Quelle: Greenpeace 16.1.17

[http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/neonicotinoid\\_pesticides\\_de.pdf](http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/neonicotinoid_pesticides_de.pdf)

## **Greening**

Die Artenvielfalt der europäischen Agrarlandschaften ist in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen. Maßnahmen der EU-Agrarpolitik zum Schutz der Artenvielfalt laufen bisher oft ins Leere.

Mit "Greening" will die EU den Artenschwund in der Agrarlandschaft stoppen. Landwirte bekommen Geld dafür, dass sie auf ihren Flächen bestimmte Maßnahmen zum Schutz von Flora und Fauna umsetzen.

Die Maßnahmen bringen aber oft wenig für die Artenvielfalt und für die Landwirte sind sie zum Teil schlecht umsetzbar. Dabei geht es zum einen darum, Wiesen und Weiden dauerhaft zu erhalten. Zum anderen soll der Ackerbau vielfältiger gestaltet werden. Betriebe, die zwischen zehn und 30 ha Ackerland bewirtschaften, müssen daher mindestens zwei verschiedene Feldfrüchte anbauen, ab 30 ha sind es drei. Und schließlich müssen Landwirte, die mehr als 15 ha Ackerland haben, 5% davon als sogenannte ökologische Vorrangflächen zur Verfügung stellen.

Für letztere sieht die EU 19 verschiedene Varianten vor. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit, Flächen brachliegen zu lassen, ungenutzte Pufferstreifen entlang von Gewässern zu schaffen oder besondere Landschaftsstrukturen wie Hecken oder Teiche zu erhalten. Die Landwirte können aber auch Hülsenfrüchte wie Erbsen, Ackerbohnen oder Lupinen anbauen, die Stickstoff aus der Luft fixieren. Oder sie können Zwischenfrüchte wie Ackersenf oder Ölrettich einsäen, die das Feld auch im Winter grün halten und so Bodenerosion verhindern.

Bei einer Untersuchung der Greening-Wirkung ist herausgekommen, dass Pufferstreifen und Brachland besonders wichtig für die Biodiversität sind. Auch Landschaftsstrukturen

wie etwa Hecken oder traditionelle Steinmauern bringen nach einhelliger Experten-Meinung einen großen Nutzen für die Artenvielfalt.

Der Anbau von Zwischenfrüchten oder Stickstoff-Fixierern bringt jedoch für die Artenvielfalt nicht viel. Das gilt besonders, wenn auf den Flächen Pestizide eingesetzt werden dürfen. Ausgerechnet sind genau diese beiden Varianten bei den Landwirten besonders beliebt. Auf rund 45 Prozent der Vorrangflächen in der EU wachsen Stickstoff-fixierende Hülsenfrüchte. Weitere 27 Prozent entfallen auf die Zwischenfrüchte, in Deutschland kommt der Anteil dieser Variante sogar auf 68 Prozent.

Nur 21 Prozent der EU-weit ausgewiesenen Vorrangflächen sind Brachland. Nur sehr selten entscheiden sich die Landwirte für Pufferstreifen oder für Landschaftselemente, die für die Artenvielfalt besonders wichtig wären.

Wichtig sei es, jene Vorrangflächen abzuwerten oder abzuschaffen, die kaum oder gar keinen Nutzen für die Biodiversität bringen. Einige Maßnahmen wie etwa die Aufforstung können nach Ansicht der Forscher ganz aus dem Katalog gestrichen werden. Ob Greening langfristig überhaupt das richtige Rezept gegen den Schwund der biologischen Vielfalt ist, bezweifeln die Forscher. Es gibt auf EU-Ebene die sogenannten Agrar-Umweltprogramme, mit denen umwelt- und naturverträgliche Bewirtschaftungsformen gefördert werden - und zwar maßgeschneidert für verschiedene Lebensraumtypen. Das ist ein etabliertes Politik-Instrument, das die Ziele oft viel besser erreicht.

Quelle: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

[http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/kann-das-greening-gruener-werden.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/kann-das-greening-gruener-werden.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 17.1.17

## **Saatgut-Monopoly**

Im Moment kommt es zu einer dramatischen Konzentration von Agrarchemie- und Saatgutfirmen. So liefert Bayer/Monsanto rund 30 Prozent des weltweiten Saatguts. Der Rest kommt vor allem von weiteren großen Playern, die sich gerade verstärkt zusammenschließen. So soll das schweizerische Unternehmen Syngenta vom chinesischen Chemiekonzern übernommen werden. Außerdem fusionieren die US-Chemieriesen Dow Chemical und Dupont.

Die Agrarfirmer verkaufen hauptsächlich Hybridsaatgut, bei dem besonders gewünschte Pflanzenmerkmale in der nächsten Generation schon wieder verschwunden sind.

Manchmal sind Pflanzen nicht mehr fortpflanzungsfähig, weil ihnen die Pollen zuchtbedingt fehlen. Oder Patente verhindern die Nutzung von selbst gezogenem Saatgut juristisch, selbst wenn sie biologisch möglich wäre. Die Welternährung basiert zu einem immer höheren Anteil auf immer weniger Arten", klagt der Agrarforscher Bernd Horneburg von der Universität Göttingen. "Züchtungen werden auf immer größere Gebiete ausgeweitet." Zusammen mit Kollegen hat er rund zehn Jahre an einer neuen Tomatensorte "Sunviva" gearbeitet. Dafür haben sie sich eine Lizenz für das Saatgut ausgedacht. Sie wollen Open Source Seeds zu einem Dienstleister für Züchter machen, die ihre Pflanzen zum geschützten Gemeingut erklären wollen. Die Sorte ist dann zwar geschützt, aber jeder darf sie kostenlos verwenden und weitergeben, auch Geld damit verdienen. Nur patentieren oder anderweitig schützen lassen darf er sie nicht. Das gilt ebenso für zukünftige Pflanzen, die auf Basis von "Sunviva" entwickelt werden. So sollen



große Konzerne keine Möglichkeit bekommen, sich die Züchtung unter den Nagel zu reißen.

In den USA gibt es mit der Open Source Seed Initiative (Ossi) ebenfalls Vorkämpfer für freies Saatgut, aber bei deren Sorten seien Weiterentwicklungen nicht gegen Patentierungen geschützt. Das habe man anders machen wollen.

Neben der Tomate "Sunviva" haben sie derzeit eine Sommerweizensorte namens Convento C im Programm. Auf jeder Saatguttüte, auf jedem Topf mit Jungpflanzen darin muss er nun einen Hinweis auf den Nutzungsvertrag abdrucken.

Quelle: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/open-source-saatgut-warum-die-tomate-sunviva-abgs-hat-a-1145093.html> 27.4.17

## **CO2-Uhr**

Beim Klimaabkommen von Paris haben alle Staaten weltweit das Ziel beschlossen, die Erderwärmung im globalen Mittel auf deutlich unter 2 Grad Celsius (möglichst 1,5°C) im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Wenn beispielsweise das 2-Grad-Ziel noch mit einer hohen Wahrscheinlichkeit erreicht werden soll, dürfen zwischen 2016 und 2100 nur noch maximal etwa 980 Gigatonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gestoßen werden. Doch die Welt emittiert noch immer jedes Jahr aufs Neue rund 40 Gigatonnen CO<sub>2</sub>.<sup>4</sup> Das entspricht 1268 Tonnen pro Sekunde. Und so schrumpft das verbleibende Budget rapide.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/so-schnell-tickt-die-co2-uhr.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/so-schnell-tickt-die-co2-uhr.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2014.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 12.1.17

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)

<https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html>

[https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/clock/carbon\\_clock.htm](https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/clock/carbon_clock.htm)

## **Klimawandels**

2016 ist das dritte Jahr in Folge, in dem die globalen Temperaturen ein neues Rekordhoch erreichen. Als Grund nennen die US-Klimabehörde NOAA und die NASA sowohl den menschengemachten Klimawandel als auch das Wetterphänomen El Niño. Den Daten von 6.300 Messstationen auf der ganzen Welt zufolge, lag die globale Durchschnittstemperatur 0,99 Grad Celsius über dem Durchschnittswert des 20. Jahrhunderts.

Bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beobachten Klimaforscher einen Temperaturanstieg, bis heute um 1,1 Grad Celsius. Dabei gibt es mal wärmere und mal kältere Jahre, so deutliche Anstiege wie in den vergangenen drei Jahren seien aber sehr ungewöhnlich, bestätigt die NASA. Es lasse sich ein eindeutiger Trend ausmachen: Der Großteil der Erwärmung fand in den vergangenen 35 Jahren statt, 16 der 17 wärmsten Jahre verzeichneten die Wissenschaftler seit dem Jahr 2001. Mit der Jahrtausendwende hat also scheinbar ein neues Kapitel in der globalen Erwärmung begonnen.

Die Forscher schätzen, dass El Niño die Erde um 0,12 Grad Celsius zusätzlich aufwärmte. In der Arktis wurde das wärmste Jahr seit den Aufzeichnungen gemessen, Wissenschaftler sind besorgt über die historisch niedrige Menge an Meereis. Im November 2016 lagen die Temperaturen wochenlang nur knapp unter dem Gefrierpunkt, im Durchschnitt war der Oktober acht Grad zu warm. Nicht nur die Lufttemperatur, auch das

Meer ist wärmer als üblich, weshalb sich die ohnehin nicht besonders dicke Eisdecke nur langsam schließen kann.

In Deutschland war das Jahr 2016 nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes mit einem Plus von 1,4 Grad Celsius ebenfalls deutlich zu warm. Mit 9,6 Grad Celsius Durchschnittstemperatur kam das vergangene Jahr aber hierzulande nicht an die Rekorde von 2014 mit 10,3 und 2015 mit 9,9 Grad heran. Beunruhigend bleibt: Auch 2016 war zu trocken, nur 93 Prozent der hierzulande im Jahr typischen Niederschlagsmenge wurde erreicht. Es war damit das sechste zu trockene Jahr in Folge.

Quelle: [energiezukunft.eu, http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/2016-bricht-alle-temperaturrekorde.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/2016-bricht-alle-temperaturrekorde.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 21.1.17

### **Golfstromsystem nimmt ab**

Eine neue Modellsimulation aus den USA zum Golfstromsystem zeigt ein Abreißen der gigantischen Umwälzströmung im Atlantik nach einer CO<sub>2</sub>-Verdoppelung.

Eine neue Studie der renommierten Scripps Institution of Oceanography in San Diego und der University of Wisconsin-Madison hat bedeutende Implikationen für die künftige Stabilität des Golfstromsystems. Die Forscher um Wei Liu korrigierten den Süßwassereintrag in den Ozean in einem der gängigen globalen Klimamodelle (dem CCSM3 Modell des National Center for Atmospheric Research), um dort die beobachtete Salzkonzentration im Meerwasser besser wiederzugeben. Während im unkorrigierten Modell die Atlantikzirkulation recht stabil ist und sich als Reaktion auf eine CO<sub>2</sub>-Verdoppelung nur um rund 20% abschwächt, bricht sie in der korrigierten Modellversion zusammen. Erschienen ist die Arbeit in der Fachzeitschrift Science Advances, dem neuen Online-Ableger des Traditionsjournals Science. Der grundlegende physikalische Mechanismus dieser Instabilität war bereits durch Henry Stommel im Jahr 1961 beschrieben worden. Zentral dafür ist der Süßwasserhaushalt (Niederschläge minus Verdunstung), der den Salzgehalt bestimmt. In den nördlichen Atlantik fließt ständig Süßwasser durch Niederschläge, Flüsse und Eisschmelze. Doch der Nachschub an salzreichem Wasser aus dem Süden, eben durch das Golfstromsystem, gleicht dies aus. Erlahmt dagegen die Strömung, dann kommt weniger Salznachschub, und an der Oberfläche sammelt sich zunehmend mit Süßwasser verdünntes Meerwasser. Das ist leichter als salzigeres Wasser und kann daher nicht so leicht in die Tiefe absinken. Da dieses Absinken – die sogenannte Tiefenwasserbildung – das Golfstromsystem antreibt, erlahmt die Strömung damit weiter. Es gibt einen kritischen Punkt, an dem dies zum unaufhaltsamen Teufelskreis wird. Dies ist einer der klassischen Kippunkte im Klimasystem.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/die-unterschaetzte-gefahr-eines-versiegens-des-golfstromsystems.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/die-unterschaetzte-gefahr-eines-versiegens-des-golfstromsystems.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202021.%20Januar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 15.1.17

## **Schmelzwasser erhöht den Meeresspiegel**

### **Land unter im Norden ab 2050**

Vor einem deutlichen stärkeren Anstieg des Meeresspiegels infolge des Klimawandels hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) das Bundesverkehrsministerium gewarnt. Im Unterschied zu den bisherigen IPPC-Szenarien des Weltklimarats, die von einer maximalen Erhöhung des Meeresspiegels um knapp einen Meter bis zum Jahr 2100 ausgehen, soll laut dem BSH-Schreiben ein maximaler Anstieg von deutlich über einem Meter bis zu 1,70 m nicht mehr ausgeschlossen sein. US-Forscher haben in einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Studie ausgerechnet, dass – wenn die antarktischen Schmelzprozesse wie bisher anhalten – auch ein Kollabieren der Eismassen in der Westantarktis möglich ist. Dann könnte das Meer bis 2100 sogar um zwei Meter steigen.

Quelle: <http://www.nationalgeographic.com/magazine/2013/09/rising-seas-ice-melt-new-shoreline-maps/>

<http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/23097-land-unter-im-norden-ab-2050> 10.5.17

<http://www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/20960-meeresspiegel-noch-ein-meter-mehr-bis-2100>

## **Ozeane erwärmen sich immer stärker**

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich die Ozeane deutlich stärker erwärmt als bislang angenommen. Wie aus einer Studie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften hervorgeht, vollzog sich die Erwärmung der Weltmeere rund 13 Prozent schneller als bisher vermutet.

Demnach verstetigt sich die Entwicklung der Ozeanerwärmung zunehmend: So hat sich die Erwärmungsrate seit 1992 im Vergleich zu 1960 fast verdoppelt. Zudem dringt die Wärme in immer größere Tiefen vor: Seit etwa 1990 erhöhen sich die Temperaturen auch in einer Tiefe von mehr als 700 Metern. In jüngerer Zeit werden die Temperaturen mithilfe von Bojen in einer Tiefe von bis zu 2.000 Metern erhoben. Um die Lücken bei den historischen Erhebungen zu füllen, wurden statistische Verfahren und Modellierungen kombiniert.

Der Untersuchung zufolge haben sich alle untersuchten Ozeanbecken seit 1998 erheblich erwärmt. Am stärksten war der Temperaturanstieg in den südlichen Ozeanen sowie in den tropischen und subtropischen Regionen des Pazifischen und des Atlantischen Ozeans. Die Weltmeere gleichen einem gigantischen Puffer, der die zunehmenden Temperaturen auffängt. Etwa 93 Prozent der Wärme, die von Treibhausgasen in der Atmosphäre aufgenommen werden, landen im Ozean. Die verbleibenden sieben Prozent erwärmen die Atmosphäre und die Landmassen, was wiederum Eisschmelzen in der Arktis sowie in der Antarktis verursacht.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/22815-ozeane-erwaermen-sich-immer-staerker> 13.3.17

## **Permafrost**

Bei zwei Grad Erwärmung könnten 2,5 Millionen Quadratkilometer der globalen Permafrostböden schmelzen. Das sind 20 Prozent mehr als bisher angenommen.

Insgesamt ist die Erde derzeit mit rund 19 Millionen Quadratkilometern Dauerfrostboden bedeckt.

Gelingt es der Weltgemeinschaft, die Temperatursteigerung auf 1,5 Grad zu begrenzen, bleiben rund zwei Millionen Quadratkilometer verschont. Beim Worst-Case-Szenario mit einer durchschnittlichen Temperatursteigerung um fünf Grad würden hingegen gerade mal 20 Prozent der Böden erhalten bleiben. Die größten Permafrostgebiete liegen in Russland, Kanada, Alaska und Grönland. Auch dort fängt es an zu tauen, zum Beispiel in Sibirien. Das Tauen der Permafrostböden verstärkt zudem den Klimawandel und gehört laut Klimaforschern zu den Kipp-Elementen: Werden sie ausgelöst, ist es sehr wahrscheinlich, dass dadurch das ein anderes wichtiges Element des Klimasystems negativ beeinflusst wird.

Quelle: [http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/permafrost-jedes-grad-zaehlt.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/permafrost-jedes-grad-zaehlt.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 15.4.17

Das Auftauen und die Erosion der arktischen Permafrostküsten hat in den zurückliegenden Jahren so stark zugenommen, dass sich das Meer in manchen Regionen weiter als 20 Meter pro Jahr in das Land frisst. Die dabei abgetragenen Erdmassen trüben zunehmend die Flachwasserbereiche und setzen Nähr- und Schadstoffe frei. Der aufgetaute Permafrostboden rutscht dann in Form von Schlammlawinen ins Meer und trübt die umgebenden Flachwasserbereiche so großflächig ein, dass die braun-grauen Sedimentfahnen viele Kilometer weit ins Meer hineinreichen.

34 Prozent der Küsten weltweit sind Permafrostküsten. Das heißt, vor allem in der Arktis enthält ihr Boden jede Menge gefrorenes Wasser, welches die eingelagerten Sedimente wie Zement zusammenhält. Taut der Permafrost auf, versagt die bindende Wirkung. Die zuvor im Eis eingeschlossenen Sedimente, Tier- und Pflanzenreste lösen sich und werden von den Wellen davongewaschen. Bei diesem Vorgang werden nicht nur die klimarelevanten Treibhausgase Kohlendioxid und Methan freigesetzt. Das erodierte Material enthält auch jede Menge Nähr- und Schadstoffe wie Stickstoff, Phosphor oder Quecksilber. Diese Stoffe gelangen in das Meer, werden dort weiter transportiert, abgebaut oder angereichert und verändern nachhaltig die Lebensbedingungen im Flachwasserbereich.

Dann wird hier das abgetragene organische Material von Mikroorganismen zersetzt, wobei Treibhausgase entstehen. Außerdem kurbeln freigesetzte Nährstoffe das Wachstum der Algen an, was unter Umständen zur Bildung sauerstoffarmer Zonen führen kann. Dann verstärkt der Eintrag organischen Kohlenstoffs die Versauerung des Meeres und es werden die Sedimente am Meeresboden abgelagert oder aber auf die offene See hinaus transportiert.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut <http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/wo-die-arktische-kueste-zerfaellt-veraendert-sich-das-leben-im-meer.html> 24.1.17

### **Wie die Welt aussieht, wenn das ganze Eis schmilzt**

Wenn wir fossile Brennstoffe weiterhin nahezu unbegrenzt verbrennen, wird die globale Erwärmung schließlich das ganze Eis der Polen und der Bergspitzen schmelzen und den Meeresspiegel um 66 m anheben.

Im National Geographic Magazin wurden Weltkarten veröffentlicht, wenn das ganze Eis auf dem Land ist geschmolzen und in die Meere geflossen ist. Der Meeresspiegel ist angestiegen, wodurch neue Küstenlinien der Kontinente und Binnenmeere entstanden sind.

Es gibt mehr als 10.420 Millionen Kubikkilometer Eis auf der Erde. Einige Wissenschaftler prognostizieren, dass es mehr als 5.000 Jahre dauern würde, um all dies zu schmelzen. Wenn wir jedoch weiterhin Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre bringen, werden wir sehr wahrscheinlich einen eisfreien Planeten mit einer durchschnittlichen Temperatur von vielleicht 26.7 °C anstelle der aktuellen 14.4 °C schaffen.

Von der Landkarte verschwinden würde Lissabon, Barcelona, Brüssel, Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Riga, Talin, St. Petersburg, Rom und Venedig. Nordamerika: Die gesamte Atlantikküste, wie auch Florida und die Golfküste gäbe es nicht mehr. In Kalifornien, San Francisco Hügel würde eine Gruppe von Inseln entstehen, das Central Valley würde zu einer riesige Bucht werden. Der Golf von Kalifornien würde sich nach Norden, vorbei an der Breite von San Diego, strecken - ohne das es noch ein San Diego geben würde.

Die einzelnen Landkarten (Bilderserie)

<http://www.nationalgeographic.com/magazine/2013/09/rising-seas-ice-melt-new-shoreline-maps/#/ice-melt-globe-opener.jpg>

[http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/wie-wuerde-die-welt-aussehen-wenn-das-ganze-eis-geschmolzen-waere.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/wie-wuerde-die-welt-aussehen-wenn-das-ganze-eis-geschmolzen-waere.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2015.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 9.4.17

### **CO<sub>2</sub>-Aufnahme vom Meer**

US-Forscher haben ein Rätsel geknackt, das die CO<sub>2</sub>-Aufnahme der Ozeane betrifft. Lange war unklar, warum Meere in manchen Jahren relativ wenig Kohlendioxid aus der Atmosphäre speichern und in anderen Jahren deutlich mehr. Nun fand eine Forschergruppe von der Universität von Kalifornien mithilfe von Computersimulationen heraus, dass Zirkulationsmuster in den oberen Meeresschichten den entscheidende Faktor darstellen.

Ozeane spielen eine Schlüsselrolle im Klimawandel. Sie haben etwa ein Drittel des Kohlendioxids aufgenommen, das die Menschen seit der Industrialisierung in die Luft ausgestoßen haben. Eine Schlüsselrolle unter den Ozeanen spielt das Südpolarmeer um die Antarktis herum, das etwa 40 Prozent des Kohlendioxids aufnimmt, das in die Meere gelangt. Allerdings geschieht diese Aufnahme sehr unregelmäßig.

Weniger Bewegung in den oberen Meeresschichten bedeutet zwar, dass weniger Kohlendioxid aus der Luft ins Meer gelangt. Allerdings spült das Meer auch weniger von dem CO<sub>2</sub>-reichen Wasser an die Oberfläche und entlässt damit weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre. Und das, so die Forscher, sei am Ende entscheidend.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/22665-zirkulation-entscheidend-fuer-co2-aufnahme> 14.2.17



## **Weniger Sauerstoff in allen Meeren**

Kieler Forscher veröffentlichen eine globale Beobachtungs-Studie zum Sauerstoffbudget im Ozean. Der aktuell zu beobachtende globale Wandel lässt Wassertemperaturen steigen und verändert die Ozeanzirkulation.

Das sorgt unter anderem dafür, dass weniger Sauerstoff im Oberflächenwasser der Meere gelöst ist und weniger Sauerstoff in die Tiefsee gelangt – mit weitreichenden Folgen für die Organismen im Meer.

Wärmeres Oberflächenwasser nimmt weniger Sauerstoff auf als kälteres Wasser. Hinzu kommt, dass es die Schichtung des Wassers stabilisiert. Das schwächt die Umwälzbewegung, so dass weniger Sauerstoff in große Tiefen transportiert wird. Für den gesamten Ozean war dieser Nachweis aber schwieriger, da viel weniger Sauerstoff-Messdaten aus entlegenen Regionen und aus dem tiefen Ozean existieren. Die Studie zeigt, dass mit Ausnahme von einigen wenigen Regionen der Sauerstoffgehalt im Untersuchungszeitraum überall im Ozean abnahm. Den größten Verlust konnten die Ozeanographen im Nordpazifik ausmachen. In fischreichen küstennahen Gebieten wären diese Konsequenzen ökologisch, aber auch wirtschaftlich zu spüren.

Quelle: GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel

[http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/weniger-sauerstoff-in-allen-meeren.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/weniger-sauerstoff-in-allen-meeren.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 21.2.17

## **Mangroven sterben**

Extreme Wetterbedingungen waren die Ursache für das beispiellose Mangrovensterben im Norden Australiens im vergangenen Jahr. Im Grunde sind sie verdurstet.

Anfang 2016 waren am Golf von Carpentaria auf rund 1.000 Kilometern Küste 7.400 Hektar Mangroven abgestorben. Ab 2011 fielen an der Küste weniger Niederschläge als im Durchschnitt und die Dürre 2015/2016 war besonders stark. Zudem erreichten die Temperaturen in der Region ein Rekordniveau. Schließlich habe der besonders heftige El Niño den Meeresspiegel um 20 Zentimeter sinken lassen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/22822-extremwetter-liess-mangroven-sterben> 15.3.17

## **Mehr Regen im Winter, mehr Dürren im Sommer**

Durch den Klimawandel steigen nicht nur die Temperaturen - auch der Wasserhaushalt verändert sich. Niederschlag, Verdunstung und Grundwasserneubildung werden in Zukunft einem neuen Rhythmus gehorchen.

Die globale Erwärmung wird Dürreperioden in Zukunft begünstigen. So zeigen Beobachtungen, dass die Niederschläge in Deutschland seit 1881 um elf Prozent zugenommen haben – eine Entwicklung, die sich Prognosen zufolge fortsetzen wird. Fast überall in Deutschland regnet es im Winter deutlich mehr, teils ist die Niederschlagsmenge in der kalten Jahreszeit um 30 Prozent gestiegen. Im Sommer dagegen ist es in vielen Bundesländern sogar trockener geworden.

Als Folge werden sich auch die Pegelstände der großen Flüsse verändern. In den meisten Fließgewässern ist der Wasserstand bislang im Frühjahr zur Schneeschmelze am höchsten und im Sommer oder Herbst am niedrigsten. Generell gehen die Autoren davon

aus, dass sich die Phasen mit niedrigen Wasserständen bis zum Ende des Jahrhunderts verlängern werden.

Die sinkenden Wasserstände im Sommer wirken sich auch auf die Energieversorgung aus, die große Mengen Flusswasser zur Kühlung benötigt. Weil hohe Wassertemperaturen und niedrige Wasserstände häufiger als bisher gemeinsam auftreten werden, werde sich die Kraftwerksleistung in den Sommermonaten bereits während der kommenden 40 Jahre verringern. Die Landwirtschaft muss sich ebenfalls auf häufigere, längere und intensivere Trockenzeiten im Sommer einstellen. In Nordrhein-Westfalen verdoppelt sich beispielsweise die Zahl der Tage, an denen Felder bewässert werden müssen, bis zum Jahr 2100 von 30 auf 60. Im Winter steigt nach Angabe der Autoren dagegen die Hochwassergefahr – unter anderem, weil in den Gebirgen weniger Niederschlag als Schnee fällt.

Außerdem werden die Grundwasserspiegel in Zukunft stärker schwanken – zum einen, weil sich ein Teil der Niederschläge vom Sommer in den Winter verschoben hat, zum anderen, weil im Sommer während trockener Perioden mehr Grundwasser zur Bewässerung entnommen werden muss. Gleichzeitig erwarten die Forscher aber einen Rückgang des Wasserbedarfs, weil die Bevölkerung zurückgeht.

Quelle: MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

[http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mehr-regen-im-winter-mehr-duerren-im-sommer.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mehr-regen-im-winter-mehr-duerren-im-sommer.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20M%C3%A4rz%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter)  
23.3.17

## **Klimaschutz in der EU**

Derzeit will kein EU-Land die Klimaschutzvorgaben für Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude und Abfall so weit verschärfen, dass die Klimaschutzziele von Paris erreicht werden können.

Das Ranking untersucht die Haltung der einzelnen Staaten zur sogenannten Effort Sharing Regulation (ESR). Das Gesetz wird derzeit unter den Mitgliedstaaten diskutiert, Ende des Jahres soll das EU-Parlament darüber abstimmen.

Deutschland will die Schlupflöcher im ESR-System reduzieren, etwa bei der Anrechnung von Emissionen aus der Landnutzung oder im Emissionshandel. Gleichzeitig setzt sich Deutschland auf EU-Ebene nicht für ein langfristiges Klimaschutzziel ein.

Auch die Skandinavier bleiben weit unter dem, was nötig wäre, um die Beschlüsse von Paris umzusetzen. Schlusslicht der Tabelle ist Polen, ähnlich schlecht schneiden auch die großen Nationen Spanien oder Italien ab.

Quelle: NABU, [http://www.sonnenseite.com/de/politik/kein-eu-land-treibt-klimaschutz-in-verkehr-und-landwirtschaft-ausreichend-voran.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/politik/kein-eu-land-treibt-klimaschutz-in-verkehr-und-landwirtschaft-ausreichend-voran.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2001.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 28.3.17

## **neues Düngegesetz**

„Paradigmenwechsel zugunsten der Umwelt“ sagten die Experten bei der letzten Anhörung im Agrarausschuss. Aber dann verschwand das Düngegesetz plötzlich spurlos von der Tagesordnung, weil man sich nicht einigen konnte auf die Höhe des Bußgeldes.

Das Düngerecht besteht neben dem Gesetz zum Wesentlichen aus Verordnungen. Die muss nur der Bundesrat absegnen.

Die Landwirte hoffen auf Ausnahmeregelungen. Aus Brüssel gibt es allerdings erst einmal Druck. Im Oktober hat die EU-Kommission Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Die Kommission wirft Deutschland vor, sie halte die europäische Nitratrichtlinie – die Grundlage des Düngegesetzes – nicht ein. In der Klage fein säuberlich aufgelistet mit Daten und Aktenzeichen ist eine Chronik seit dem Jahr 2012. Hier kann man nachlesen, wie das geltende EU-Recht systematisch durch Ausnahmeregelungen ausgehöhlt wurde.

Dort, wo es zu starker Auswaschung des Düngers in das Grundwasser kommt, muß man auf Dünger verzichten. Versuche die Richtlinien strenger zu fassen scheiterten immer am Landwirtschaftsministerium und an den berufsständische Organisationen, zum Beispiel dem Bauernverband. Es ist schwer nachzuvollziehen, welcher Landwirt wann zu viel Nitrat ins Grundwasser gelangen ließ. Bei Verstößen gegen das geltende Recht droht zwar ein Bußgeld oder seit 2013 auch die Kürzung der Agrarsubventionen – aber in der Praxis passiert – fast nichts.

Im menschlichen Körper kann sich Nitrat zu Nitrit verbinden, und das hemmt den Sauerstofftransport im Blut. Dazu steht Nitrit im Verdacht, indirekt krebserregend zu sein. Aber auch für die Artenvielfalt ist zu viel Nitrat in der Umwelt schädlich. Pflanzenarten, die es gut vertragen, verdrängen andere. Auch deshalb gibt es immer weniger bunte Blumenwiesen und mehr und mehr Einheitsgrün.

Quelle: [http://www.deutschlandfunk.de/wasserschutz-der-lange-weg-zum-neuen-duengegesetz.724.de.html?dram:article\\_id=378071](http://www.deutschlandfunk.de/wasserschutz-der-lange-weg-zum-neuen-duengegesetz.724.de.html?dram:article_id=378071) 3.2.17

### **Müll in den Weltmeeren**

Besonders Seevögel und Fische sind von Müll betroffen. Die aktuelle Analyse der Wechselwirkungen ergibt, dass 34 Prozent der untersuchten Organismen Müll verzehren, 31 Prozent der Arten besiedeln ihn, und 30 Prozent verstricken sich in Müll. Die Zahl der betroffenen Arten insgesamt steigt ständig an und liegt momentan bei 1220.

Jedes Jahr gelangen bis zu 13 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Weltmeere.

So zeigt ein Blick auf die globale Karte, dass es zahlreiche Studien zum Mittelmeer gibt, die erkennen lassen, dass dies wohl eine der am stärksten vermüllten Regionen ist.

Quelle: Alfred-Wegener-Institut [http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/muell-in-den-weltmeeren-ueberall-praesent-1220-arten-betroffen.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/muell-in-den-weltmeeren-ueberall-praesent-1220-arten-betroffen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2008.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 4.4.17

<http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/neue-studie-warum-wir-ein-globales-plastikabkommen-brauchen.html> 6.4.17

### **Plastikfressende Raupe entdeckt**

Die Raupen der Großen Wachsmotte sind in der Lage, Plastik zu fressen und zu zersetzen, dies fand eine Wissenschaftlerin jüngst heraus. Die Fähigkeit der Insekten wurde zufällig entdeckt und könnte die Grundlage für neue Recyclingtechnologien bilden.

100 Raupen der Großen Wachsmotte vertilgen etwa 92 Milligramm Polyethylen (PET) täglich – und könnten so in 100 Tagen eine ganze Plastiktüte vernichten. Zum Vergleich: In der freien Natur braucht es rund 450 Jahre, bis PET zersetzt ist.

Quelle: energieukunft.eu [http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/plastikfressende-raupe-entdeckt.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2029.%20April%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/plastikfressende-raupe-entdeckt.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2029.%20April%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 29.4.17

### **Autobahnprivatisierung**

Deutsche Autobahnen, fast 13.000 km lang, das viertlängste Netz der Welt: geschätzter Wert 80 bis 120 Milliarden Euro und nach Grundgesetz bisher Eigentum des Bundes. Wie weit die Pläne von Schäuble und Dobrindt gehen, zeigt ein internes Gutachten. Die Autobahnen werden in eine so genannte Infrastrukturgesellschaft überführt. Sie bekommt alle Einnahmen aus der LKW- und der neuen Pkw-Maut. Für diese Nutzungsrechte müsste diese Gesellschaft dem Bund bis zu 80 Milliarden Euro zahlen. Diese 80 Milliarden Euro würde sie sich von Banken und Versicherungen leihen, zu derzeit satten Zinsen von etwa 3 %. Eine Milliardenrendite für Banken und Versicherungen, bezahlt von den Autobahnnutzern über die Maut.

Um wie viel teurer das Ganze werden könnte, hat Prof. Mühlenkamp (Uni Speyer) berechnet. Danach würde eine komplette Privatisierung die Autofahrer etwa 1,2 Milliarden Euro mehr kosten, pro Jahr.

Am 14.12.16 beschloß die Bundesregierung aus SPD und CDU/CSU ein Gesetzespaket dazu. Zwar soll im Grundgesetz verankert werden: Die neue GmbH soll im unveräußerlichen Eigentum des Bundes bleiben. Die SPD verkaufte das als Erfolg. Aber eine Privatisierung der Autobahnen wäre damit immer noch möglich, denn: Tochtergesellschaften der GmbH könnten doch verkauft werden, große Teile des Autobahnnetzes können in Öffentlich-Private-Partnerschaften ausgelagert werden und die GmbH kann sich im großen Stil bei Banken und Versicherungen verschulden.

Privatisierungsverbote sollten nicht im Grundgesetz verankert werden, sondern nur in einem einfachen Gesetz. Und genau hier liegt der Trick. Denn die aktuelle Regierung hat eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag. Damit schafft sie per Grundgesetz die neue Autobahn-GmbH, eine Hülle für alles, was dann kommt. Die Privatisierungsverbote sollen aber nur in dem einfachen Gesetz stehen. Damit kann jede zukünftige Regierung sie jederzeit mit einer einfachen Mehrheit wieder herausnehmen und so die Privatisierung vollenden. Sogar der Bundesrechnungshof reagiert jetzt alarmiert. Und stellt klar, ein einfaches Verbot reiche keinesfalls aus, um auch eine spätere Privatisierung zu verhindern.

Anders als im Kabinett beschlossen, besteht die SPD jetzt auf einer Klarstellung im Grundgesetz, die eine „mittelbare und unmittelbare Privatisierung“ ausschließt. Eine Regelung in einem einfachen Gesetz, wie vorgesehen, reiche der SPD nicht mehr aus.

Quelle: MONITOR 27.4.17 <http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/spd-130.html>  
<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/extras/pressemeldung-autobahnen-100.html>

### **UBA-Studie zur Luftbelastung**

Auch 2016 war die Luft in deutschen Städten zu stark mit Stickstoffdioxid belastet. An gut 57 Prozent der verkehrsnahen Messstationen wurde der Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) im Jahresmittel überschritten.

Seit 2010 zeigt sich ein nur leicht abnehmender Trend. Beim Feinstaub sind dagegen deutliche Fortschritte zu verzeichnen: 2016 ist das Jahr mit den niedrigsten Belastungen seit 2000. Auch die Ozonkonzentrationen waren im Vergleich zu den letzten 20 Jahren eher niedrig. Für Ozon und Feinstaub werden aber weiter die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Werte deutlich überschritten; diese sind wesentlich strenger als die geltenden EU-Grenzwerte.

[http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/luftqualitaet-2016-dieselautos-sind-eine-hauptquelle-fuer-stickstoffdioxid.html?utm\\_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm\\_medium=E-Mail&utm\\_campaign=Newsletter](http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/luftqualitaet-2016-dieselautos-sind-eine-hauptquelle-fuer-stickstoffdioxid.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2004.%20Februar%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter) 31.1.17

## **VW gegen DUH**

Am 3. April 2017 erwirkte der Volkswagen-Konzern eine Einstweilige Verfügung gegen die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vor dem Landgericht Düsseldorf. Anlass ist die Veröffentlichung von Messwerten von realen Abgasmessungen durch die DUH. Diese zweifelt damit die Wirksamkeit des Softwareupdates an, mit dem die NO<sub>x</sub>-Emissionsgrenzwerte ohne die illegale Abschaltvorrichtung angeblich eingehalten werden sollten.

Mit dem Klimawandel erhöht sich die Temperatur und damit das Risiko hoher Ozonkonzentrationen um 30-100%, falls die Emissionen der Vorläuferstoffe nicht weiter reduziert werden. Besonders Süddeutschland ist davon betroffen, denn dort kommt es häufiger zu Wetterlagen, wo ein Luftaustausch kaum noch stattfindet.

Mit der Abgasstufe Euro 6b fiel der vorgeschriebene Grenzwert deutlich von 180 auf 80 Milligramm Stickoxid je Kilometer. Hierfür werden die Motoren mit speziellen SCR-Katalysatoren ausgestattet, in die Harnstoff eingespritzt wird. Dabei nutzt man die selektive katalytische Reduktion, bei dem ein Katalysator und ein Tank für AdBlue installiert werden. Die Menge des NO<sub>x</sub> wird im Abgas gemessen und die korrekte Harnstoffmenge berechnet. In einem Katalysator reagiert dann Ammoniak mit NO<sub>x</sub> um Stickstoff und Wasser zu bilden und um sicherzustellen, dass NO<sub>x</sub> bis zu 80% reduziert wird. Mit einem beheizten Katalysator läßt sich der Betriebsbereich des Katalysators im Stadtverkehr erweitern.

VW hat den Einsatz dieser SCR-Technologie in seinen Fahrzeugen nur deshalb so lange verweigert, weil dann der Kofferraum durch den Ad-Blue-Tank etwas kleiner wäre.

Verbraucher können solche Bedenken der Autohersteller gar nicht nachvollziehen. Dabei funktioniert der SCR-Kat bei LKWs seit vielen Jahren problemlos.

Der Autozulieferer TwinTec bietet diese Systeme z.B. an. Bei Materialkosten von etwa 850 Euro liegt der Gesamtaufwand für eine Umrüstung bei etwa 1500 Euro.

Die Autohersteller wie z.B. VW, Fiat, Renault und Daimler schalten diese Technologie bei Euro6-Fahrzeugen oft ab. Das belegen Messungen der DUH. Die EU schreibt vor, dass Vorrichtungen zur Abschaltung der Abgasreinigung verboten sind. Zudem ist festgelegt, dass die Filtersysteme im Alltagsbetrieb voll funktionsfähig sein müssen, um die Grenzwerte einzuhalten. Moderne LKW mit Dieselmotor der Euro-6-Norm stoßen durchschnittlich im realen Straßenbetrieb 210 mg NO<sub>x</sub>/km aus. PKW der Klasse Euro 6 stoßen sogar 500 mg NO<sub>x</sub>/km (etwa doppelt soviel Stickoxide) aus, obwohl sie viel weniger Nutzlast haben.



Mit den neuen Tests bei der Typzulassung soll in der EU weniger Betrug bei den Abgasuntersuchungen für Typgenehmigungen möglich sein. Diese Tests erfolgen aber weiterhin mit speziell dafür vorbereiteten Prototypen der Hersteller, die sich von den Serienfahrzeugen stark unterscheiden. Der systematische Bruch der Emissionsschutzgesetze in der EU durch die Hersteller und die nationalen Regierungen wird durch das Wegschauen der Verantwortlichen in der EU begünstigt. Die Einführung der „Blauen Plakette“ wird vom CSU-geführten Bundesverkehrsministerium verhindert. Dabei wäre ein Einfahrverbot in emissionsbelastete Gebiete geeignet und sinnvoll, die Stickoxid-Emissionen stark zu reduzieren. Dafür muß die Bundesregierung gegenüber der Autoindustrie die Nachrüstung von alten Diesel-PKWs mit SCR-Kats endlich zügig durchsetzen. Außerdem müssen ausgerüstete Fahrzeuge diese SCR-Kats auch dauerhaft einsetzen, statt sie immer wieder heimlich abzuschalten. Für Nachrüstsysteme fehlen bisher aber klare gesetzliche Rahmenbedingungen und Anreize. Quelle: [www.oedp.de](http://www.oedp.de)

### **Reform des Emissionshandels**

Das EU-Parlament hat sich für eine Reform des europäischen Emissionshandels ausgesprochen. Damit die Europäische Union ihre Klimaziele erreichen kann, stimmten die EU-Abgeordneten für eine weitere Verknappung der Emissions-Zertifikate. Energieversorger, Industrie und Flugunternehmen brauchen diese, um Kohlendioxid ausstoßen zu dürfen.

Allerdings konnten sich EU-Kommission und Wirtschaftsverbände damit durchsetzen, dass die Menge der Zertifikate zwischen den Jahren 2021 und 2030 nur um jährlich 2,2 Prozent verringert wird. Der Umweltausschuss hatte 2,4 Prozent statt zuletzt 1,74 Prozent gefordert.

Die Reform tritt damit noch nicht in Kraft. Das Parlament verhandelt nun weiter mit EU-Kommission und Rat über die endgültige Fassung. Deutschland will vor allem seine Industrie vor zu harten Klimaauflagen schützen. Besonders die europäischen Fluggesellschaften hatten den Emissionshandel in der Vergangenheit scharf kritisiert und sehen sich im Wettbewerb benachteiligt. Für innereuropäische Verbindungen müssen diese seit dem Jahr 2008 Verschmutzungsrechte kaufen. Jedoch scheiterte die EU mit ihrem Vorhaben, auch Verbindungen aus und in die Union mit einer Zertifikatspflicht zu belegen.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/energiepolitik/eu-parlament-stimmt-fuer-abgeschwaechten-emissionshandel-14879402.html> 15.2.17

### **nachhaltige Finanzreform**

Wir agieren häufig weder zukunftsfähig noch gerecht und bürden anderen die sozialen und ökologischen Kosten unseres Handelns auf. Heute werden Umweltschäden, Ressourcenverbrauch und der Ausstoß von Treibhausgasen häufig nicht verhindert, sondern sogar subventioniert. Umweltschädliche Subventionen belasten den Staatshaushalt mit über 50 Milliarden Euro pro Jahr. Dies schadet der Umwelt und ist ungerecht, denn viele Subventionen begünstigen Besserverdienende. Die Schäden wie Lärm und Luftverschmutzung treffen hingegen vor allem Menschen mit geringen Einkommen.

Die Besteuerung von Arbeit trägt heute zu knapp zwei Dritteln zur Finanzierung unseres Gemeinwesens bei.

Jene, deren Einkommen zu niedrig sind, sollten finanziell entlastet werden. Wir wollen, dass die Steuer- und Finanzpolitik Chancen auf Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg bietet und damit gute Arbeit ermöglicht. Sie muss diejenigen belohnen, die:

- entlang der Grundsätze von Nachhaltigkeit wirtschaften;
- einer intakten Umwelt und einer weltweit gerechten Gesellschaft dienen;
- eine gerechte und tragfähige Finanzierung des Gemeinwesens ermöglichen;
- dem Staat dauerhaft Spielräume für notwendige Zukunftsinvestitionen eröffnen.

Quelle: [http://www.nachhaltige-finanzreform.de/fileadmin/user\\_upload/2017-04-27-PM-Initiative-Nachhaltige-Finanzreform.pdf](http://www.nachhaltige-finanzreform.de/fileadmin/user_upload/2017-04-27-PM-Initiative-Nachhaltige-Finanzreform.pdf) 27.4.17